

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

03.03.2023

Inhalt

EWN

1 Noch viele Fragen zu Klimastiftung: Minister vor Ausschüssen <i>nordkurier.de, 03.03.2023</i>	3
2 Riss an Fass mit schwach radioaktiven Abfällen <i>stuttgarter-nachrichten.de, 02.03.2023</i>	4
3 Nix da mit Entspannen <i>Elbe-Jeetzel-Zeitung, 03.03.2023</i>	5

Noch viele Fragen zu Klimastiftung: Minister vor Ausschüssen

Zwei Tage nach der hitzigen Bundestags-Debatte über die Unterstützung Mecklenburg-Vorpommerns bei der Fertigstellung der Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 steht das Thema erneut im Zentrum einer parlamentarischen Beratung. Rechts- und Finanzausschuss des Landtags befassen sich heute in Schwerin in einer Sondersitzung mit den Vorgängen um die sogenannte Klimastiftung.

Zwei Tage nach der hitzigen Bundestags-Debatte über die Unterstützung Mecklenburg-Vorpommerns bei der Fertigstellung der Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 steht das Thema erneut im Zentrum einer parlamentarischen Beratung. Rechts- und Finanzausschuss des Landtags befassen sich heute in Schwerin in einer Sondersitzung mit den Vorgängen um die sogenannte Klimastiftung. Sie war Anfang 2021 vom Land gegründet worden, um die durch angedrohte US-Sanktionen gefährdete Fertigstellung der Gasleitung voranzutreiben. Der Bau wurde abgeschlossen, doch ging die Pipeline wegen der russischen Aggression gegen die Ukraine nicht in Betrieb.

Die Oppositionsfraktionen von CDU, Grünen und FDP wollen in der Ausschusssitzung von Finanzminister

Heiko Geue (SPD) detaillierte Auskünfte zu verschwundenen Steuerakten der umstrittenen Stiftung. Dabei geht es auch um die Frage, ob Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) Kenntnis vom Verschwinden der Akten hatte.

Nach Ansicht der Opposition wurden dem Parlament trotz konkreter Anfragen wichtige Informationen dazu lange Zeit vorenthalten. Eine Finanzbeamtin hatte die Unterlagen laut Geue verlegt und aus Angst vor Konsequenzen im April 2022 verbrannt. Auf Basis nachgeforderter Kopien verlangte das Land von der Stiftung später eine Schenkungssteuer in Höhe von 9,8 Millionen. Der Stiftungsvorstand aber sah dies als ungerechtfertigt an und zog vor Gericht. Die Entscheidung dazu steht aus.

Riss an Fass mit schwach radioaktiven Abfällen

Im stillgelegten Atomkraftwerk Philippsburg im Kreis Karlsruhe ist an einem Fass mit schwach radioaktiven Abfällen ein Riss entdeckt worden. Die Einzelheiten.


An einem Fass mit schwach radioaktiven Abfällen aus Block 1 des stillgelegten Atomkraftwerks Philippsburg (Landkreis Karlsruhe) ist ein etwa acht Zentimeter langer Riss entdeckt worden. „Eine Kontamination ließ sich nicht feststellen“, teilte das baden-württembergische Umweltministerium am Donnerstag mit. „Es bestand zu keiner Zeit eine Gefahr für Menschen und Umwelt.“

Das 200-Liter-Fass war den Angaben nach 1983 mit zementierten Schlämmen befüllt worden und steht in einer Halle. Die radioaktiven Stoffe darin seien durch die Zementierung festgebunden, hieß es.

EnBW baut Block 1 in Philippsburg seit Mai 2017 zurück

Im Laufe der Zeit habe sich Rost gebildet, erklärte das Ministerium. „Da Korrosion an Metallfässern nach langer Lagerungszeit nicht ungewöhnlich ist, werden in dieser Halle die Fässer regelmäßig inspiziert.“ Die betroffene Stelle sei provisorisch abgedichtet worden. Zudem werde das Fass in einen größeren Behälter gestellt.

Der Energieversorger EnBW baut Block 1 in Philippsburg seit Mai 2017 zurück. Der Meiler war 1979 in Betrieb gegangen. Auch Block 2 ist seit 2020 im Rückbau. Das letzte noch stromliefernde Atomkraftwerk des Karlsruher Konzerns ist Neckarwestheim 2 im Landkreis Heilbronn, das spätestens Mitte April im Zuge des in Deutschland beschlossenen Ausstiegs aus der Atomenergie vom Netz gehen muss.

 Elbe-jeetzel-Zeitung | 03.03.2023 | S. 3

 Auflage: 10.814 | Reichweite: 21.808

 JENS FEUERRIEGEL

Nix da mit Entspannen

Atomare Zwischenlager: Wendland-Grüne warnen davor, sich zurückzulehnen, und wollen ihre Partei auf Landes- und Bundesebene überzeugen, für mehr Forschung einzutreten

Dünsche. Das atomare Zwischenlager in Gorleben war zuletzt etwas unter den Radar geraten. Das von der Politik erklärte Aus für die Pilotkonditionierungsanlage und das geplante atomare Endlager im Salztrock gleich nebeneinander hatten alles überstrahlt. Doch es ist noch nicht vorbei. Experten der Anti-Atom-Szene in Lüchow-Dannenberg warnen davor, sich beim Thema Gorleben zu entspannen. Nur gibt es dabei ein Problem: Es müssten dafür jetzt erneut die Widerstandsmotoren auf der Straße und in der Politik anspringen. Die Wendland-Grünen haben dafür auf einer Mitgliederversammlung in Dünsche eine erste Starthilfe geleistet.

„Es ist nichts mit Zurücklehnen“

Einstimmig haben die Grünen beschlossen, mit Anträgen zur atomaren Zwischenlagerung auf Landes- und Bundesebene bei ihrer Partei aufzuschlagen. Die Landes- und Bundes-Grünen sollen sich mit Blick auf die geplanten längeren Laufzeiten der Zwischenlager den Forderungen aus dem Wendland anschließen: für die zu prüfende Langzeitsicherheit der Castoren die Forschung zu erweitern, einen konkreten Zeitplan aufzustellen bis hin zur Endlagerung, ein Reparaturkonzept zu erstellen und die Öffentlichkeit daran zu beteiligen. Zudem will sich der grüne Kreisverband das Zwischenlager zeigen lassen und den Staatssekretär aus dem Bundesumweltministerium ins Wendland einladen.

Anlass für die neue Aufregung in der Anti-Atom-Szene ist die Tatsache, dass sich die Endlagersuche verlängern wird (EJZ berichtete). Es sei daher „nichts mit Zurücklehnen“, sagte die atompolitische Sprecherin der Wendland-Grünen, Asta von Oppen, in Dünsche. Das Zwischenlager bleibe DAN noch weitere 60 bis 80 Jahre erhalten. „Dass die Castoren aus Gorleben wegkommen, werden wir nicht mehr erleben“, sagte von Oppen. Die zwei Vertreter der Grünen Jugend durften sich da durchaus mit eingeschlossen fühlen. Bekanntlich läuft die Genehmigung für das Zwischenlager Gorleben 2034 aus. Was danach kommt, dürfte dann

die Blaupause sein für die anderen Zwischenlagerstandorte.

Was Asta von Oppen derzeit beobachtet: Keiner fühle sich so richtig verantwortlich für die neue Lage. Die betreibende Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) wolle mit einem Forschungsprogramm beruhigen, das aus von Oppens Sicht „zu wenig“ sei. Zudem sei im Regelwerk nicht klar, ob neu genehmigt oder bloß verlängert werden soll. Der Nukleus ihrer Kritik: Es sei keine Forschung vorgesehen mit Brennelementen, die schon 40 Jahre im Castor gestanden haben. Die Gorleben-Gegner meinen, dass man dafür die Castoren schon öffnen müsse. Könnte es der Blick in die Büchse der Pandora sein?

Aufsichtsbehörde will Konzept erstellen

Die Aufsichtsbehörde, das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), will dagegen erst einmal ein neues Konzept machen, kritisierte von Oppen. Sie skizzierte, worauf sich aus ihrer Sicht die Forschung für eine langfristige Zwischenlagerung fokussieren müsse: die Dichtungen, das Inventar, auf potenzielle Terrorattacken und auf die Gebäudesanierung. Es dürfe nicht sein, dass das Zwischenlager 2034 „nur einen neuen TÜV-Stempel bekommt“.

Missmut gibt es in den Grünen-Reihen über schrumpfende Mitgliedsbeiträge und Mandatsabgaben. In dem einstimmig verabschiedeten Haushalt für 2023 spielt das zwar noch keine Rolle, weil es keinen Wahlkampf zu finanzieren gibt. Einnahmen von rund 39 800 Euro stehen Ausgaben von 26 600 Euro gegenüber. Doch Schatzmeister Peter Lundershausen warnte vor Defiziten, die ab 2025 drohten, und plädierte für eine Einnahmesteigerung, die mit der Inflation Schritt halte.

Sauer zeigten sich die Mitglieder darüber, dass es bei den freiwilligen Abgaben von Mandatsträgern offenbar ebenso zu einem Einbruch gekommen ist wie bei den Mitgliedsbeiträgen. Dort zahlen dem Vernehmen nach immer mehr Grüne nur den Mindestbeitrag.

Empfohlen ist ein Beitrag von einem Prozent des Net-
togetherhalts. In einem Brief will der Kreisverband das sei-

nen derzeit 148 Mitgliedern noch einmal eindringlich
nahebringen.